

GASTSPIEL BERNHARD KNAPSTEIN: Zum 50. Todestag des ehemaligen politischen Häftlings und Fluchthelfers Michael Gartenschläger

Es beginnt nicht mit einem Paukenschlag, sondern mit einem Jungen, der nicht hineinpasst. Michael Gartenschläger wächst in einem Staat auf, der Gehorsam verlangt und Abweichung bestraft. Nicht Hitlers Reich, sondern das antifaschistische Gegenmodell, die Deutsche Demokratische Republik ist seine grausame Heimat. Für Menschen wie ihn fühlt sie sich der aufoktroyierte Sozialismus früh wie ein Käfig an. Und der 1944 in Strausberg bei Berlin geborene Gartenschläger ist keiner, der sich fügt, sondern einer, der fragt. Einer, der nicht schweigt.

Und genau das macht ihn gefährlich

Er schließt sich den Protesten gegen den Mauerbau an und wird mit gerade 17 Jahren wegen staatsgefährdenden Propaganda, Hetze und Subversion in einem Schauprozess zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt. Im Jugendgefängnis Torgau verdichtet sich alles, was dieser Staat mit Unangepassten macht: Hunger, Disziplin, Druck, Demütigung. Mauern, die nicht nur aus Beton bestehen, sondern aus purer Angst. Doch Gartenschläger denkt nicht daran, sich brechen zu lassen.

Als seine Mutter 1966 stirbt, wird ihm die Teilnahme an der Bestattung verwehrt. Er wird in der Folgezeit aufsässig. Den letzten Rest an Rückhaltung legt er ab, als zu Heiligabend der gesamte Knast durchgefilit wird und auch die letzten Habseligkeiten und persönlichen Dinge inkassiert werden.

1969 startet er den ersten Fluchtversuch, indem er sich in einer Metallkiste versteckt.

Ein Verrat beendet die Flucht noch innerhalb der Gefängnismauern. Noch im selben Jahr sucht er auf seine Weise die Öffentlichkeit. Er klettert auf den 48 Meter hohen Knastschornstein, ritzt in großen Lettern „Hunger“ in den Backstein - und erreicht, als Bürger Lebensmittel zum Gefängnistor bringen, deutliche Hafterleichterungen.

Zwei Jahre später wird Gartenschläger von der Bundesrepublik freigekauft - ein politischer Handel, der vielen DDR-Gefangenen die Freiheit bringt. Für viele endet hier der Kampf. Für ihn nicht.

Im Westen hätte er verschwinden können

Ein neues Leben beginnen, Abstand gewinnen. Doch das, was er erlebt hat, lässt ihn nicht los. Und vor allem nicht das, was an der Grenze geschieht.

Denn dort, wo die DDR ihre Bürger am Weggehen hindert, steht nicht nur Stacheldraht. Dort stehen Gerätschaften, gebaut, um Menschen zu verletzen, zu töten. Gartenschläger wird vom Westen aus zum Fluchthelfer. Er berät und unterstützt in unzähligen Fällen, sechs Menschen sollen ihre Flucht nur seiner Hilfe verdanken,

Fluchthilfe reicht ihm nicht. Insbesondere die weitgehend unbekannt, weil von der DDR-Führung verleugneten Selbstschussanlagen ziehen seinen Zorn auf sich. Mit einem Freund wagt er sich im März an die Grenze, demontiert eine Selbstschussanlage vom Typ SM-70, verkauft diese mit seiner Vita für beachtliche 12.000 Mark dem „Spiegel“. Und weil es so gut geklappt hat, demontiert er nur drei Wochen darauf eine weitere Anlage, um sie dem Mauermuseum in Berlin als Ansichtsexemplar zu verkaufen.

Gartenschläger will weitermachen, im Mai noch einmal eine Anlage demontieren oder zumindest zerstören.

Doch die Stasi-Hauptabteilung I wird über das Vorhaben durch Spitzel informiert. Ohne Details zu kennen, sichert eine Einsatzkompanie die in Betracht kommenden Grenzpunkte, darunter auch den Bereich zwischen Büchen und Greven, wo die Grenzanlage einen rechtwinkligen Knick macht. Dort steht die Grenzsäule 231.

Gartenschläger kennt das Risiko. Er weiß, dass er nicht nur gegen Technik arbeitet, sondern gegen ein ganzes System – abgesichert durch die Stasi, das jeden Schritt beobachtet.

Trotzdem geht er hinüber, überschreitet die Grenze. Nicht als Flüchtling. Sondern als jemand, der zurückkehrt, um zu zeigen, was dort geschieht. Doch an jenem 30. April 1976 ist die Grenze keine Grenze, sondern eine Falle.

Gartenschläger bewegt sich wie zuvor. Konzentriert. Leise. Routiniert. Vielleicht ahnt er etwas, vielleicht nicht. Sicher ist nur: Er geht trotzdem – und gerät genau zwischen zwei Stasi-Schützen. Ob er zuerst geschossen hat, oder ohne Zuruf unter Feuer genommen worden ist, bleibt unklar.

Kein Zufall. Kein Missverständnis.

Der Auftrag der Heckenschützen lautete: „Festnehmen oder vernichten“

Es ist der gezielte Zugriff auf einen Mann, der zu viel von der Tödlichkeit des DDR-Systems offenbart hat. Gartenschläger stirbt um 23.45 Uhr dort, wo er so oft gewesen ist: zwischen den Systemen, zwischen Kontrolle und Freiheit.

Doch selbst damit endet es nicht. Nach dem Ende der DDR wird sein Fall wieder aufgerollt. Beteiligte Posten vom 30. April 1976 müssen sich verantworten – vor Gerichten. In Akten. In langen, zähen Verfahren. Die Frage steht im Raum: Was war das? Pflichterfüllung? Oder Mord?

Bis 2005 beschäftigt dieser Fall die Justiz. Jahrzehnte nach den Schüssen wird noch gestritten, bewertet, entschieden. Weil es eben nicht nur um einen einzelnen Tod geht – sondern um die Bewertung eines ganzen Systems.

Gartenschläger war kein makelloser Held aus einem Lehrbuch. Er war ein Mensch, der Risiken einging, die andere nicht eingegangen wären. Aber genau darin liegt seine Bedeutung.

Er hat nicht akzeptiert, dass ein Staat seine Bürger einsperrt. Er hat nicht hingenommen, dass tödliche Technik verschwiegen wird. Und er hat gegen das Schweigen darüber gekämpft.

Gartenschlägers Geschichte ist unbequem, weil sie zeigt, was Widerstand kosten kann.

Und weil sie daran erinnert, dass Freiheit nie einfach gegeben ist – sondern immer wieder verteidigt werden muss.

SPD-Politiker treten der eigenen Bundesregierung in den Rücken und betreiben Lobbyarbeit für Putin in Deutschland

Prominente SPD-Politiker unterstützen in einem neuen Papier, das sie „Manifest“ nennen, den Hegemonialanspruch Russlands über Europa, eine Reduzierung des amerikanischen Einflusses und letztlich ein Stück weit die Unterwerfung Deutschlands gegenüber Putins Machtanspruch. Klanghafte Namen wie der frühere Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich sind darunter, der Linksaußen und Kreml-Versteher Ralf Stegner, aber auch der frühere Parteichef Norbert Walter-Borjans und Ex-Bundesfinanzminister Hans Eichel.

Das „Manifest“ fordert die Aufnahme von Gesprächen mit dem Kreml und spricht sich sowohl gegen die erhöhten Rüstungsanstrengungen der von der SPD mitgetragenen Bundesregierung als auch gegen die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen aus.

+++Unterstützen Sie unabhängigen Journalismus mit Ihrer Spende auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder überPayPal @KelleKlaus+++

„In Deutschland und in den meisten europäischen Staaten haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Zukunft vor allem in einer militärischen Konfrontationsstrategie und Hunderten von Milliarden Euro für Aufrüstung suchen“, schreiben die Verfasser und bedienen damit 1:1 liebgewonnene Kreml-Narrative, wenn sie etwa von „wechselseitigen Bedrohungswahrnehmungen zwischen Nato und Russland. Ohne zu berücksichtigen, dass die Bedrohungslage derzeit ausschließlich von Russland ausgeht, das einen mörderischen Angriffskrieg gegen das Nachbarland Ukraine führt, dem inzwischen mehr als eine Million Menschen auf beiden Seiten zum Opfer gefallen sind.

Und die Verfasser grätschen der eigenen Bundesregierung von hinten in die Beine, denn was sie dort schreiben, verstößt komplett gegen die Politik der aktuellen Bundesregierung.

Eher in den Bereich Satire gehören wohl ernstgemeinte Sätze wie „Für eine auf Jahre festgelegte Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf 3,5 oder 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gibt es keine

sicherheitspolitische Begründung“, heißt es weiter, obwohl die Vernachlässigung der Bundeswehr und der Notwendigkeiten zur Landesverteidigung von der SPD über Jahrzehnte mit betrieben wurde.

Was machen diese Sozialdemokraten also jetzt da?

Eine Partei, die einst ja eine schlimme Geschichte von Verfolgung durch die Kommunisten und Moskau hatten. Das begann bereits in den 30er Jahren in der Sowjetunion. Lenin und Stalin nannten den „Sozialdemokratismus“ das größte Hindernis auf dem Weg zur Vollendung des reinen Kommunismus. „Es ist unmöglich, dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ein Ende bereitet zu haben. Deshalb ist die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung“, wird Stalin selbst zitiert.

Doch man muss gar nicht so weit zurück in die Geschichte schauen.

Viele Sozialdemokraten suchten sich nach der erneuten Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen vom September 1965 eine neue Orientierung und wurden bei der SED in Ostdeutschland fündig. Mit den Genossen in der DDR suchte man das Gespräch, verfasste später gemeinsame Friedenspapiere, die praktisch auf das Ende des Wiedervereinigungsgebots unseres Grundgesetzes zielten. Die SPD mischte fortan mit bei den Ostermärschen und der Anti-Atombewegung, die – wie heute jeder weiß – schon damals durch den SED-Staat finanziert und durch ihren westdeutschen Ableger DKP orchestriert wurden.

„Verständigung“ und „Aktionseinheit“ aller „proletarischen und demokratischen“ Kräfte gegen die CDU/CSU, lautete das Motto der SPD damals, die ja in Ostdeutschland vorher mit den Kommunisten zur SED fusioniert worden war. Das fand bereits im April 1946 im (Ost-)Berliner „Admiralspalast“ statt. Sozialdemokraten, die sich dem Druck der sowjetischen Militärregierung nicht unterwarfen, wurden als Feinde des Volkes geschmäht und verfolgt. Das führte so weit, dass die *Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)*, einst geründet von Sozialdemokraten, die von den Nazis verfolgt worden waren, ihre Reihen öffnete für Genossen, die auch unter der SED in der DDR verfolgt wurden.

Zwischen 1984 und 1989 traten SPD und SED in einen intensiven Dialog ein, vorgeblich, um den Frieden in Zeiten zunehmender Spannungen zwischen NATO und Warschauer Pakt zu sichern. Was nur wenigen in der SPD klar war, waren die tatsächlichen Intentionen der anderen Seite, der es darum ging, international an Ansehen und Reputation zu gewinnen. Das gemeinsame Papier sollte zugleich ein gutes Klima im Vorfeld des Honecker-Besuchs in Bonn schaffen.

Es gäbe viele Beispiele anzuführen, auch übrigens welche, die positive Entwicklungen förderten wie die Entspannungspolitik von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und seinem Mastermind Egon Bahr. Historiker sind sich heute weitgehend einig, dass auch sie den Weg geebnet haben für einen später in die Deutsche Einheit mündenden Prozess. Entscheidend war letztlich aber der ökonomische Misserfolg der DDR.

Als äußerst fragwürdig muss hier auch die Abkehr der SPD von der Zentralen Dokumentationsstelle für

DDR-Verbrechen in Salzgitter genannt werden und zuletzt natürlich die Trickserie, mit der führende SPD-Politiker den Bau der Nord Stream 2-Pipeline in der Ostsee durchsetzten.

Ein Schande, dass sich bis heute kein Untersuchungsausschuss des Bundestages mit der Rolle Schröders, Schwesigs, Plazecks und anderer dabei beschäftigt. Gegen deutsche Interessen unser Land in die Abhängigkeit eines Verbrecherstaates wie Russland zu führen - in einem funktionierenden Staat würden da Staatsanwälte ermitteln und Gerichte aktiv werden.

Was also treibt die Stegners und Mützenichs dieser Welt an?

Die Lobbyarbeit, die ein Teil der AfD, die Linke und Wagenknechts Spittergruppe BSW für Moskau betreiben, ist schon heute ein zunehmendes Ärgernis. Sollte die SPD aber insgesamt wieder in alte Muster vor der Zeit ihres Godesberger Programmes kippen, dann würde das sicher zu einer deutlichen Verschärfung der Gefährdungslage Deutschlands führen.

Gedenken an die 55 Toten des ersten Volksaufstandes in der DDR 1953

Na, dran gedacht? Heute ist der 17. Juni. Ja, DER 17. Juni, unser wirklicher Tag der Deutschen Einheit. Der Tag im Jahr 1953, an dem in Ost-Berlin und dann an weiteren 700 Orten in der DDR mehr als eine Million Ostdeutsche aufbegehrten gegen das Unrechtsregime. Als Protest gegen Normenerhöhungen begann es, dann marschierten die Arbeiter mit schwarz-rot-goldenen Fahnen Richtung Brandenburger Tor.

Auch damals waren es mutige Menschen, die genug hatten vom Sozialismus. 15.000 wurden bei den Protesten festgenommen, jeder Zehnte später zu einer Haftstrafe verurteilt. 55 Menschen starben unter den Knüppeln und Schüssen der Schergen des SED-Regimes und unter den Panzern der russischen Besatzungsmacht.

Es ist immer mal wieder gut, in diesen Zeiten dran zu erinnern, dass es ohne die Sowjetunion und russische Panzer niemals eine DDR gegeben hätte, niemals den Todesstreifen, niemals die Schüsse an der Mauer. 1948 versuchten sie, das freie West-Berlin von der Versorgung abzuschneiden. Und es waren die Westalliierten mit ihren legendären Rosinenbomben, es waren Amerikaner und Briten, die rund um die Uhr Lebensmittel und Heizstoffe für die bedrängten Westberliner einflogen.

Immer wieder gut, daran zu erinnern, wer unsere Freunde und unsere Feinde waren und sind. Und vollkommen unverstänlich, dass heute noch in Ostdeutschland so viele Menschen das unbedingt vergessen wollen.

Hans-Georg Maaßen klagt gegen seine frühere Behörde

Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen und ich kennen uns seit gut fünf Jahren. Ich finde, dass er ein beeindruckender Kopf ist, der als Geheimdienstchef viel für unser Land geleistet hat und sich mit der kürzlich erfolgten Gründung der *WerteUnion* vom gemütlichen Sofa des politischen Establishments erhoben und in die raue deutsche Wirklichkeit gewagt hat.

Dass man dann bekämpft wird, vom linksextremen Straßenmob und heftig auch von den lieben früheren Parteiliebenden, ist zu erwarten. Dass diese Ampel-Regierung aber nun versucht, dem Mann seine Altersversorgung wegzunehmen und ihn zum rechtsextremen Verdachtsfall zu machen, das geht weit über alles hinaus, was ich in diesem Land für möglich gehalten habe.

Freunde, auch Abgeordnete der AfD, haben mir vor Jahren gesagt, ein Engagement in der Partei AfD bedeute jeglichen Verlust des gewohnten bürgerlichen Lebens. „Wenn Sie sich bei uns engagieren oder sogar für etwas kandidieren, müssen Sie sich von ihrem bisherigen Leben verabschieden, Herr Kelle. Und das für immer...“

Ich habe es damals nicht gemacht, und nach Chrupallas Demutsgesten in der russischen Botschaft vor zwei Jahren, bin ich froh darüber.

Ich stimme aber zu 90 Prozent mit dem überein, was ich von HGM bisher gehört und gelesen habe. Das ist eine ganze Menge.

Und ich stimme ihm zu 100 Prozent zu, dass er sich massiv und mit allen legalen Mitteln gegen die Ehrabschneidung wehren muss, die man seit einiger Zeit gegen ihn versucht.

Am Freitagabend hat Maaßen über seinen Rechtsanwalt Ralf Höcker Klage beim Verwaltungsgericht Köln gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz eingereicht. Höcker ist der Beste für sowas.

Das BfV hatte nämlich im Januar seinem ehemaligen Präsidenten im Informationssystem der Behörde im Bereich „Rechtsextremismus“ gespeichert.

Maaßen wirft der Bundesinnenministerin Nancy Faeser jetzt vor, den Inlandsgeheimdienst „zur Beobachtung von Regierungsgegnern“ einzusetzen. Sie beschädige so die freiheitliche Demokratie, sei untragbar und müsse „umgehend abgesetzt werden“.

Maaßen wendet sich in der Klageschrift dagegen, „dass er von der Beklagten/Antragsgegnerin als Beobachtungsobjekt eingestuft wurde bzw. aktuell behandelt wird“. Der Verfassungsschutz soll aufhören, Informationen, personenbezogene Daten, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über ihn „zu sammeln, auszuwerten, zu erheben und zu speichern“.

Ich habe in den vergangenen Jahren lernen müssen, dass es nicht nur die CDU von einst heute nicht mehr gibt, sondern leider auch ein politisches System, das jeden demokratischen Akteur gleich behandelt, eigene Regeln inzwischen außer Kraft setzt, um unliebsame Mitbewerber zu erledigen.

Glauben Sie nicht? Schauen Sie sich an, wie die AfD um einen Platz im Bundestagspräsidium, um die ihr zustehenden Vorsitze in den Fachausschüssen des Bundestages und ihre Stiftung um Millionen für die Bildungsarbeit gebracht wird! Und gleichzeitig werden die SED-Stiftung und die Stiftung der Grünen üppig mit Millionen aus unseren Steuerzahlungen aufgebrezelt.

Wenn mir vor ein paar Jahren Freunde aus Ostdeutschland sagten, wir lebten heute in einer DDR light, dann habe ich deutlich widersprochen. Dieser Vergleich verbietet sich, war meine feste Überzeugung. Doch, wenn sie jetzt die wirtschaftliche Existenz ihres lange Jahre obersten Verfassungsbeschützers zerstören, dann fällt mir nichts mehr ein, was grundsätzlich gegen die Behauptung von der DDR 2.0 sprechen sollte....

Reden wir! Über Deutschland, Ost und West!

Erinnern Sie sich noch an den 17. Juni 1953? Volksaufstand in den DDR? Erinnern Sie sich überhaupt noch an die DDR?

Ich schon

Die DDR ist heute noch präsent, auch wenn es überall Coca Cola und McDonalds in Ostdeutschland gibt. Die Mentalitätsunterschiede zwischen Deutschen in Ost und West sind – bei den Älteren – auch nach 33 Jahren immer noch gravierend. Ich erinnere mich an ein Telefonat mit Hans-Georg Maaßen vor ungefähr vier Jahren. Ich fragte ihn, ob er es für möglich halte, dass alte Stasi-Seilschaften im vereinten Deutschland auch heute noch Einfluss und Macht haben. Seine Antwort: „Wenn, dann in Brandenburg.“

Werde ich nie vergessen, diese Antwort

Die Lebensverhältnisse haben sich stark angeglichen seit 1990, das ist unübersehbar. Weimar, Erfurt, Potsdam, Leipzig und Dresden sind phantastische Städte, viel schöner als die meisten vergleichbaren Städte in Westdeutschland. Wenn ich da irgendwo mit Freunden in einem Café sitze, dann kommen Begriffe wie Ossi und Wessi nie vor. In den Sozialen Netzwerken allerdings sind sie täglich präsent. Das nervt.

Wir könnten es so schön haben in Deutschland. Klar, wenn die Politik anders wäre, dann wäre es noch besser, aber bitte: Sie wählen, wie Sie wählen. Scholz, Habeck und Lindner sind nicht als Fallobst vom

Baum gefallen, sondern sie wurden von einer Mehrheit der Wähler gewählt. Wenn Sie andere Verhältnisse wollen, dann wählen Sie halt anders bzw. werben dafür, dass viele Bürger anders wählen. So einfach ist das.

Unterschiedliche Mentalitäten sind nicht einfach umzuschalten

Ich habe vor ein paar Tagen darüber geschrieben, wie großartig ich Potsdam finde. Das historische ebenso wie das moderne Potsdam. So wunderbare Bausubstanz, so viele kleine tolle Restaurants, Bagel-Shops und Geschäfte aller Art. Und 20 Prozent wählen hier immer noch die SED in freien geheimen Wahlen. Was ist los mit diesen Leuten? Was läuft da schief?

Ich könnte hier noch stundenlang Beispiele und Begegnungen mit Freunden aus Ostdeutschland zitieren. Aber Sie kennen das Thema ja selbst.

Wir wollen einen Beitrag leisten, dass Deutsche aus Ost und West ins Gespräch darüber kommen, wer wir sind, und wie wir gemeinsam in eine gute Zukunft kommen. Ohne Streit und Neidgunst.

Wir werden am 17./18. Juni 2023 eine Veranstaltung organisieren: „*Ost und West am Feuerkorb*“, wo wir Sie und Euch einladen, miteinander zu sprechen über das, was gut läuft, über das, was nicht funktioniert, und warum das so ist, wie es ist. Und wie wir voran kommen mit unserer gemeinsamen deutschen Identität. Erzählen Sie Ihre Geschichten und hören Sie, was andere denken!

Die Veranstaltung wird in einer Stadt an der früheren Grenze zwischen Brandenburg und Niedersachsen stattfinden. Mehr erfahren Sie, wenn Sie sich *JETZT* kostenlos und unverbindlich registrieren mit einer Mail an: kelle@denken-erwuenscht.com. Bitte mit Namen, Vornamen, Wohnort!

+++Und wenn Sie einfach nur dafür spenden wollen, dass solche Veranstaltungen stattfinden: das ist natürlich auch möglich: PayPal @KelleKlaus oder durch Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Ein Land bleibt unter seinen Möglichkeiten

Aktuelle Nachrichten sichten am frühen Morgen und gleich die Meldung, dass der globale E-Auto-Marktführer in Brandenburg keine Fachkräfte findet, oder sagen wir, zu wenige Fachkräfte.

Und man fragt sich unwillkürlich: Wie ist das möglich? Das Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide bei Berlin ist ein Glücksfall für das Bundesland, das – sagen wir – nicht unbedingt der Traum der kreativen Hipster aus aller Welt ist und auch gar nicht sein will.

+++Unabhängige Medien gibt es nicht ohne die Unterstützung ihrer Leser+++Spenden Sie auf PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Wenn ich morgens In Potsdam zum Bäcker gehe und ein paar belegte Brötchen für die Frühschicht besorge, dann weht mir der Geist der ehemaligen DDR entgegen. Es ist alles modern eingerichtet und hell, aber unfassbar mürrische Verkäuferinnen, bei denen man sich quasi entschuldigen muss, dass man ihnen Geld bringen will. Und wo, um alles in der Welt, verkauft man Brötchen mit einem Salatblatt, zwei Salamischeiben, einem Kringel Ananas aus der Dose und über allem viel zu viel Mayonnaise? Für 2,85 Euro. Ach klar, in Brandenburg. Und doofe Wessis wie ich kaufen das dann, gehen anschließend zum Arzt und holen sich Cholesterinsenker.

Ich will nicht unken, und ich habe gute Freunde hier

Aber Brandenburg ist ein Bundesland, das nicht nur im Vergleich zu Sachsen und dem früheren Vor-Ramelow-Thüringen weit unter seinen Möglichkeiten bleibt. Warum ist das so?

Bitte, Ausnahmen gibt es immer, und Potsdam ist eine tolle Stadt. Alles liebevoll restauriert, kleine Restaurants und Cafés, und diese herrlichen Seen, und der Mantel der Ge'chichte weht. Klar, dass Wolfgang Joop, Günther Jauch, Friede Springer und Matthias Döpfner hier gut und gerne leben. Und auch persönlich viel für die Stadt tun, in der dann aber immer noch 20 Prozent die ätzende und als *Die Linke* aufgehübschte SED wählen. Erinnern die sich nicht mehr, wie das hier früher aussah? Ich werde das nie verstehen, wieso Honis Traditionsregiment hier immer noch in freien und geheimen Wahlen von jedem Fünften gewählt wird, ja überhaupt noch existiert.

Tesla bietet gute Arbeitsstellen an, gute Gehälter, moderne Arbeitsplätze, Sozialleistungen - und wissen Sie was? Sie finden nicht genügend Facharbeiter, die diese Jobs haben wollen. In Brandenburg nicht, aber auch in Deutschland nicht. Sie werben ihre Facharbeiter in Polen.

Brandenburg hat 6,1 Prozent Arbeitslose, es gibt Altersarmut und steigende Kinderarmut. Und über allem - so wirkt es auf mich - eine freundliche Lethargie. Freundliche Leute, mit denen man abends in der Kneipe schnell ins Gespräch kommt, sicher die meisten auch anständige Leute. Aber warum gibt es hier keine Aufbruchsstimmung? Warum stehen die Leute nicht um Jobs an und krempeln die Ärmel hoch? Anpacken, Aufbruch, die Sachsen überholen?

Ich verstehe es nicht.

Wie vereint ist unser Deutschland im Jahr 2023 - reden wir drüber!

Mit meinem Freund Mathias aus Brandenburg kam ich im vergangenen Herbst ins Gespräch über die Frage, warum viele Ost- und Westdeutsche immer noch so unterschiedlich ticken. Warum manche, die damals froh waren, endlich die DDR loszusein, heute wieder Linke wählen oder mit Russland-Fähnchen für den Frieden demonstrieren, was in meinen Augen ein wahres Paradoxon ist.

Warum waren so viele Westdeutsche noch nie in Sachsen, Thüringen oder auf Usedom? Und umgekehrt? Ich kenne eine Frau aus Ost-Berlin, die sich bis heute nicht traut, mit ihrem VW Polo " rüber in den Westen" zu fahren. Irre, oder?

Das Werk, das andere im Grunde 1988 begonnen und 1990 vollendet haben, ist eben noch lange nicht vollendet

Das merken wir jeden Tag.

Mathias und ich laden deshalb für den 17./18. Juni an einen historischen Ort an der früheren Zonengrenze ein - „Ost und West am Feuerkorb“ wird das heißen, und optimal wäre es, wenn je ungefähr 100 Deutsche aus Ost und West kämen, um über die Lage unseres Landes zu reden. Nicht aktive Politiker, sondern Bürger. Männer und Frauen, die von ihren Erfahrungen im bunten Deutschland der Vielfalt reden. Was haben sie 1989 erhofft, was ist daraus geworden?

Dazu gibt es Filme, was zu Essen aus Ost- und Westdeutschland, und einen Kranz für die Opfer der Teilung werden wir auch niederlegen.

Ost und West am Feuerkorb - wenn Sie Interesse haben, dabei zu sein, schicken Sie mir eine Mail mit Namen, Vornamen und Wohnort des/der Teilnehmer an kelle@denken-erwuenscht.com. Alles weitere erhalten Sie dann per Mail.

Wir müssen deutlich mehr tun, wenn wir unser Land wieder auf Kurs bringen wollen. Und, Sie wissen ja: Eine Reise von 1000 Meilen beginnt mit einem Schritt!

Was wir immer brauchen ist genug Geld für unsere vielen Aktivitäten: Auf PayPal mit @KelleKlaus

GASTBEITRAG GRITT KUTSCHER: Und Ihr sucht die

Schuld beim Westen?

von GRITT KUTSCHER (z. Zt. Dresden)

Ich kann beim besten Willen diese Russland- (oder ist es Sowjetunion-)Liebe innerhalb der Ost-AfD und bei vielen ihrer Wähler hier im Osten nicht nachvollziehen. Haben alle 40 Jahre Russland-Diktatur im gesamten Ostblock einschließlich Ost- und Mitteldeutschland, 40 Jahre russische Panzer und Militärkonvois, dadurch zerfahrene Straßen, durch die ewigen Manöver zerstörte, nicht betretbare Wälder, die Ausplünderung von Betrieben, die Bevorzugung bei der Lieferung von begehrten Lebensmitteln, die erzwungenen hochnotpeinlichen Treffen von deutschen und russischen Schulklassen in Pionier- und FDJ-Uniformen, den ganzen russisch verordneten sch...Kommunismus vergessen? Oder ist es das Stockholm-Syndrom?

Russland unter Putin gebärdet sich wie ein Zarenreich und Sowjetunion in Summe. Und Ihr sucht die Schuld beim Westen?

Könnt Ihr, verflucht nochmal, nicht nachvollziehen, dass Polen, Tschechen, Slowaken, Rumänen, Bulgaren auch Ungarn, Letten, Esten, Litauer und auch ein guter Teil Ostdeutscher ernsthafte Sorgen angesichts der Missachtung fremder Staatsgrenzen durch Russland haben? In Erinnerung daran, dass Russland Staatsgrenzen innerhalb des Ostblocks nie interessierten. Denken die Russlandfreunde in der AfD, die Tschechen hätten Prag 1968 vergessen? Habt Ihr den 17. Juni 1953 vergessen?

Ich war vergangene Woche in Prag. Überall, nicht nur an öffentlichen Gebäuden, aus vielen Privatwohnungen, an vielen Baufahrzeugen, Schiffen, an Privatautos hingen ukrainische Fahnen.

Man schämt sich dieser Tage in Prag und anderswo Ostdeutscher zu sein...

War vielleicht alles umsonst?

Zwei Drittel der Westdeutschen (64%) sind nach einer Umfrage von CIVEY (10.000 Teilnehmer) bereit, selbst wenn die Energie knapp wird, auf Lieferungen aus Russland zu verzichten wegen dessen brutalen Angriffs auf die Ukraine. In Ostdeutschland stimmen nur 42 Prozent zu, deutlich mehr als ich – ehrlich gesagt – erwartet hätte. Man hat in diesen Wochen das Gefühl, auch nach 30 Jahren weiter in zwei Ländern zu leben. Und das macht mir zu schaffen.

Klar, gibt es Unterschiede wie in anderen Ländern auch. In Ballungszentren interessiert man sich eher für Klima und Gender-Gedöns als auf dem platten Land. Das ist im Osten ebenso wie im Westen, auch auf

unterschiedlichem Niveau der reinen Zahlen, aber von der Tendenz her.

Und politisch? Klar gibt es da deutliche Unterschiede, weil ganze Generationen in gegensätzlichen Systemen gelebt haben. Das kann man nicht einfach abschalten. Great Reset in der Lausitz. Und dass viele Landsleute im Osten andere Prioritäten setzen als die – ich traue mich kaum, das zu schreiben – Mitbürger im Westen, ist auch klar. Wenn man sich die Einheit erkämpft hat wie die Ostdeutschen, dann hat man in der Regel ein intensiveres Verhältnis zu Vaterland und Patriotismus, als Westler, die durch die 68er-Mangel gedreht wurden. Soweit ist das alles nachvollziehbar.

Nicht nachvollziehbar für mich – ebenso wie viele andere in Westdeutschland – ist diese Putin-Besoffenheit in Teilen Ostdeutschland. Wo man Fotos vom Bierabend mit alten Kameraden aus der Nationalen Volksarmee postet, versehen mit einem Text im Sinne von: „Läuft doch gut ...“ Das war ganz zu Beginn, als es noch so aussah, als laufe es gut für die russische Armee, die nur noch darauf gewartet hat, dass die Ukrainer mit Winkelementen der Russischen Föderation am Straßenrand stehen, um sie willkommen zu heißen. Die stehen da aber gar nicht, und manch einem ist inzwischen klar, dass dieser Krieg vielleicht gar keine gute Idee war. Aber das ist nicht mein Thema heute.

Die Frage lautet: Ist das eigentlich überhaupt noch zu kitten, was gerade abgeht.

Facebook hat uns gestern eine intensive Warnung geschickt, dass sie eine Gruppe von mir mit fast 3000 Nutzern abschalten werden, wenn wir nicht die Hassorgien einzelner Poster unter Kontrolle bekommen. Unsere Moderatoren haben gestern in einem einzigen Fall erstmals einen Teilnehmer blockiert, weil wir nicht alles gefährden wollen, nur weil Einzelne nicht das Wasser halten können. Bei Corona war der Ton schon deutlich aggressiver geworden, aber das war nicht so ein Ost-West-Ding. Klar, in Ostdeutschlands fanden große Demos mit Zehntausenden statt, aber in Hamburg, Stuttgart und Berlin eben auch. Und in Sachsen waren die Querdenker eher Rechte, und im Schwabenland eher Ökos. Alles im Rahmen.

Aber jetzt ist es anders, und ich nehme mich persönlich da gar nicht aus. Auch mir schreiben einst Wohlmeinende und fragen, was ist mit Dir los? Warum antwortest Du aggressiver als früher auf Angriffe. Ich merke das ja auch selbst, aber die totale Zerstörung von Städten wie Mariupol, das Abschlachten von Zivilisten, die widerwärtigen Massenvergewaltigungen, das lässt mich nicht kalt. Und wenn ich unter solchen Berichten, Fotos und Filmen, dann Grinse-Smileys von offensichtlich intellektuell limitierten oder zumindest vollkommen empathielosen Zeitgenossen für das Leid anderer Menschen sehe, dann platzt mir eben auch der Kragen – zumindest in der Kommentierung in den Sozialen Netzwerken. Mit unserer Tageszeitung und den Portalen versuchen wir zumindest ausgewogen unsere Arbeit zu machen. Aber klar: Auch da gibt es in der Grundtendenz kein Verständnis für diesen sinnlosen Krieg, der alle nur zu Verlierern machen wird. Wer kann denn Verständnis haben für all das Morden und Zerstören?

Und warum sehen das so viele Ostdeutsche ganz anders? Ich verstehe das wirklich nicht. All die Osteuropäer haben doch auch die gleichen schlechten Erfahrungen mit Sowjetunion und Russland gemacht. Wie stolz sind die Esten, die Polen, die Kroaten, die Rumänien, dass sie endlich „zum Westen“ gehören. Was ist da los bei euch, liebe Freunde drüben?

„Wir denken alle hier so“, schreibt mit gestern ein ostdeutscher Freund auf Facebook. „Wir hier“?

Wo lebst Du, Junge? Wir haben seit 31 Jahren Deutsche Einheit. Oder doch nicht?

Vielleicht ist es so, vielleicht sollte man sich auch gar nicht mehr bemühen, Leute zu überzeugen, die meinen, sie könnten 1989 zurückdrehen und jetzt Sozialismus mal richtig machen mit Audi und Ikea. Einfach „patriotisch“ davor schreiben, dann läuft das. Was für ein kranker Gedanke, aber ich habe das wirklich schon gehört von einem Landsmann, der mir ernsthaft sagt, eigentlich sei die DDR ja der bessere Staat gewesen... und eine sehr gute ostdeutsche Freundin schreibt in einer FB-Gruppe wenige Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, das sei alles nicht schön, aber nun gelte es, gegen die Amerikaner zu kämpfen. Man denkt unwillkürlich, das mit der Drogensucht könnte vielleicht ein viel größeres Problem sein als angenommen. Putin lässt morden, und jetzt müssen wir die Amerikaner bekämpfen? Irgendwie bekomme ich das nicht zusammen.

Ist aber auch egal, doch es ist deprimierend, wie wir alle – jeder an seinem Platz – intensiv daran arbeiten, unser gemeinsames Land in Stücke zu schlagen. Und das war mal wirklich ein phantastisches Land.

Als ich mit 16 Jahren politisch aktiv wurde, war mein großes Thema die Existenz der DDR, mit Mauer, Stacheldraht, Selbstschussanlagen. Das war der Grund, warum ich überhaupt politisierte. Wie oft bin ich mit der JU und der IGFM nach Berlin gefahren, um zu demonstrieren, Besuch im Mauermuseum am Checkpoint Charlie, Aussichtsplattform an der Bernauer Straße, Grenzer gucken und mit dem Mittelfinger grüßen.

Als ich dann 1989 auf meinem Hotelzimmer in Berlin im Fernsehen die Ankunft der ersten Züge im bayerischen Hof, voll mit Landsleuten von drüben, verfolgte, liefen mir die Tränen die Wangen runter. 9. November 1989 wieder an der Bernauer Straße mit Mikro und Kopfhörer, 9. Dezember 1989 live auf einer großen Bühne auf dem Alexanderplatz mit zigtausenden Deutschen-Ost, meine erste Grilletta, das junge Mädchen, das mir in einer kurzen Pause der Live-Sendung von Radio Hundert,6 auf die Bühne einen kleinen Rauschgoldengel reichte und schenkte, der dann jahrelang auf meinem Schreibtisch im schnuckeligen Funkhaus an der Paulsborner Straße stand, die junge Frau aus Ost-Berlin, die in der Nacht vom 9. auf den 10. November mit ihrem Motorrad liegen blieb, und der wir helfen konnten, ihre Maschine wieder flottzumachen... Sie bedankte sich mit einem strahlenden Lächeln und sagte zu mir: „Seid Ihr im Westen alle so nett?“

Nein, sind wir nicht. Und seid Ihr auch nicht.

Es war alles umsonst, so erscheint es mir jedenfalls in diesen Tagen und Wochen.

Dieser Blog bekommt anders als der WDR und die Antifa keine öffentlichen Gelder. Deshalb: Bitte unterstützen Sie meine journalistische Arbeit mit PAYPAL hier oder durch eine Spende auf unser

Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Bald bitten uns Länder in Not, bloß keine Unterstützung zu schicken

Was für eine peinliche Vorstellung liefert unser Land bei der Unterstützung der angegriffenen Ukraine bloß ab?

Erst lehnt die Bundesregierung trotz drängender Bitten der Ukraine Waffenlieferungen grundsätzlich ab. Basta!

Dann schicken sie ein tolles Zeichen der Solidarität: 5000 gebrauchte Schutzhelme. In ganz Europa lacht man über uns Pussies.

Als nächstes - endlich! - klappt mal etwas: Deutschland liefert 500 hocheffektive Stinger-Flugabwehrraketen und 1000 Panzerfäuste. Damit kann eine Armee, die sich verteidigen muss, etwas anfangen. Punkt!

Doch jetzt die nächste Peinlichkeit.

Deutschland sagt der Ukraine 2700 Flugabwehrraketen vom Typ „Strela“ zu, die noch aus den Beständen der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR stammen. Jetzt fand der „Spiegel“ heraus: 700 dieser Raketen - fast ein Drittel - sind nicht mehr zu gebrauchen.

Sie waren in Holzkisten eingelagert und so verschimmelt, dass unsere Soldaten beim Auspacken Schutzkleidung tragen mussten. Die Raketen sind für die Nutzung gesperrt, weil es „Mikrorisse im Treibsatz der Munition, die zu Korrosion/Oxidation führten“, gebe.

Liebe Bundesregierung, bite, bitte, bitte: Können wir nach Ursula von der Leyen, Annegret Kram-Karrenbauer und Christine Lambrecht jetzt endlich mal einen männlichen Offizier mit Auslandserfahrung - nicht nur im Stabsdienst - an die Spitze unserer Streitkräfte bekommen? Bitte! Nicht nach der nächsten Bundestagswahl. Nicht in zwei Jahren. Sondern am kommenden Montag!

Unsere Soldaten und unser Land haben es nicht länger verdient zum Gespött der ganzen NATO zu werden. Und der Ukraine.

Bitte unterstützen Sie uns gerade jetzt in unserer Arbeit! Spenden Sie auf PayPal über @KlausKelle oder auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18. Vielen Dank!